



**60 Jahre gewählter  
Schleswig-Holsteinischer  
Landtag**

**60 Jahre  
Minderheiten- & Regionalpolitik  
des SSW**

# Die Vorgeschichte (1864-1947)



Das Herzogtum Schleswig war bis 1864 Teil der dänischen Monarchie.

1864 wurde das dänische Herzogtum Schleswig nach dem Krieg zwischen Dänemark und Preußen/Österreich von den deutschen Siegern besetzt und 1867 als Teil der Provinz Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen eingegliedert.

Nach der Besetzung durch die Preußen nahmen die dänischen Kräfte in der Region eine politische Arbeit auf, die in den ersten Jahrzehnten auch von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde. Im preußischen Landtag und im Reichstag protestierten dänische Politiker gegen die Unterdrückung des Dänischen durch die preußischen Behörden und kämpften für die kulturelle und gesellschaftliche Eigenständigkeit der Dänen in der Region.



Gustav Johannsen war Mitbegründer und Redakteur der Zeitung "Flensborg Avis" und vertrat als direkt gewählter Reichstagsabgeordneter von 1881 bis 1884 den Wahlkreis Flensburg-Apenrade.

Zeitgleich entwickelte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in ersten Schritten eine eigenständige friesische Bewegung.



Hans Peter Hansen war Abgeordneter des preußischen Landtages (1896-1908), Reichstagsabgeordneter (1906-1919) und eine der treibenden Kräfte für die Volksabstimmung von 1920.

Als Ergebnis des Ersten Weltkrieges und des Friedensvertrages von Versailles (1919) wurde 1920 eine Volksabstimmung über den staatsrechtlichen Verbleib des nördlichen Teils der Provinz Schleswig-Holstein durchgeführt. In Nordschleswig (dem heutigen Sønderjylland) entschied sich die Bevölkerung mehrheitlich für eine Wiedervereinigung mit Dänemark; in

Mittelschleswig (der 2. Abstimmungszone einschließlich Flensburg und Niebüll) gab es eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich.

Dies vermochte aber nicht, die politische Arbeit der dänischen Minderheit zu beenden. Dänische und friesische Bürger kandidierten in der Weimarer Republik weiterhin erfolgreich zu den Wahlen. Nach 1933 war eine wirkliche politische Arbeit jedoch nicht mehr möglich. Der dänischen Minderheit wurden von den nationalsozialistischen Machthabern Plätze in einigen wenigen Marionetten-Gemeinderäten zugewiesen. Von einer friesischen Minderheit durfte spätestens seit 1937 öffentlich nicht mehr die Rede sein.

Nach der Befreiung von den Nazis 1945 erlebte die dänische Minderheit in Südschleswig eine neue Blütezeit. Ein großer Teil der Südschleswiger wandte sich von Deutschland ab und schloss sich der dänischen Bewegung an. Viele der „Neudänen“ hofften ebenso wie die bisherigen Angehörigen der Minderheit, dass der Norden Schleswig-Holsteins nun doch mit Dänemark vereinigt würde. Es gab sogar eine

Unterschriftensammlung für eine Vereinigung mit Dänemark, die ihren Ausgangspunkt in SPD-Kreisen nahm und auch von späteren prominenten CDU-Politikern unterstützt wurde.



Der Flensburger Oberbürgermeister J. C. Møller. Nach der Kommunalwahl 1946 stellte die dänische Bevölkerungsgruppe die Bürgermeister in einer Reihe von Städten und Gemeinden Südschleswigs – darunter Flensburg, Harrislee, Glücksburg, Schleswig und Tönning.

Bei der ersten demokratischen Kommunalwahlen 1946 stimmte die Mehrheit der angestammten Bevölkerung für die Kandidaten des Südschleswigschen Vereins (SSV) und der dänischgesinnten Sozialdemokratischen Partei Flensburgs. In der Stadt Flensburg und in vielen Gemeinden gab es eine dänische absolute Mehrheit.

Im ersten Nachkriegs-Landtag, der von der britischen Besatzungsmacht ernannt wurde, war die dänische Minderheit mit dem Abgeordneten Willi Johannsen vertreten. Gemeinsam mit Victor Graf Reventlow-Criminil, der als parteiunabhängiger Vertreter benannt worden war, stellte er die dänische Opposition des ersten ernannten Landtages dar. Nach dem fulminanten Erfolg des SSV bei der Kommunalwahl im

Oktober 1946 ernannten die Briten sogar vier Minderheitenvertreter für den Landtag.



Der Flensburger Anwalt Willi Johannsen war der erste Landtagsabgeordnete der dänischen Minderheit.



Dänisches Plakat zur Volksabstimmung 1920

# Der Kampf um Eigenständigkeit und politische Anerkennung (1947-1950)



Die ersten vom Volk gewählten Landtagsabgeordneten der dänischen Minderheit firmierten ab 1948 als SSW-Fraktion.

Die erste freie Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. April 1947 war ein großer Erfolg für die Minderheiten. Die dänisch orientierte Bewegung erhielt rund 33 % der Stimmen im Landesteil Schleswig. Durch die große Unterstützung der angestammten Bevölkerung (rund 99.500 Stimmen) gelang es, sechs dänisch und friesisch gesinnte Vertreter ins Landesparlament zu wählen.

## Von der SSV- zur SSW-Fraktion

Die sechs Abgeordneten Hermann Clausen, Berthold Bahnsen, Samuel Münchow, Christian Mahler, Hermann Olson und Victor Graf Reventlow-Criminil, vertraten zunächst den Südschleswigschen Verein. Damit die dänischen Kandidaten auch die Möglichkeiten und Rechte anderer Parteien genießen konnten, wurde der Minderheit jedoch von der britischen Militärregierung auferlegt, eine Partei zu gründen. Vom Sommer 1948 an vertraten die sechs Abgeordneten den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), der von Dänen und Friesen gemeinsam ins Leben gerufen wurde.

## Für die Unabhängigkeit Südschleswigs

Im Laufe der ersten Nachkriegsjahre durchliefen die politischen Ziele der dänischen Minderheit einen erheblichen Wandel. Stand unmittelbar nach dem Krieg noch die Wiedervereinigung Südschleswigs mit Dänemark im Vordergrund, so wurde diese Hoffnung bald von der dänischen Regierung selbst zerstoßen. Schon in ihrer ersten Regierungserklärung am 9. Mai 1945 lehnte sie eine Grenzrevision unmissverständlich ab.

Danach setzten die SSW-Abgeordneten sich für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes, die administrative Unabhängigkeit Südschleswigs und die Stärkung der Rechte der einheimischen

Bevölkerung gegenüber denen der Flüchtlinge ein. Diese Themen brachten dem SSW großen Zuspruch der Bevölkerung in Südschleswig ein. Im Landtag gab es darüber immer wieder aggressive Auseinandersetzungen.

## Kieler Erklärung: Anerkennung von Minderheitenrechten

Ab 1948 führten der SSW und der SSV Verhandlungen mit der SPD-Landesregierung unter Hermann Lüdemann über die politische Anerkennung der dänischen Minderheit und der Friesen, sowie über die Verankerung von Minderheitenrechten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war die "Kieler Erklärung", die am 26. September 1949 vom neuen Ministerpräsidenten Bruno Diekmann verkündet wurde.



Die SSW-Abgeordneten Hermann Olson, Hermann Clausen und Christian Mahler sowie auf der Treppe Victor Graf Reventlow-Criminil 1948 im Landtag.



Der erste Aufruf des SSW nach seiner Gründung 1948 war Ausdruck der starken Spannungen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen.



Der SSW-Fraktionsvorsitzende Samuel Münchow und Ministerpräsident Lüdemann

# Minderheitenkonflikte und Minderheitenrechte (1950-1958)

*Das dänische Sekretariat in Husum 1948: Bereits in den ersten Nachkriegsjahren gab es erhebliche Spannungen zwischen Deutschen und Dänen in Südschleswig.*



Zu Beginn der 50er Jahre herrschte weiterhin ein angespanntes Klima zwischen dem deutschen und dem dänischen Bevölkerungsteil. Kleine Reibereien und Diskriminierungen waren alltäglich. In der Nacht vom 20. zum 21. September 1952 beschmiereten junge Deutsche die dänischen Gebäude in Schleswig mit antidänischen Parolen.



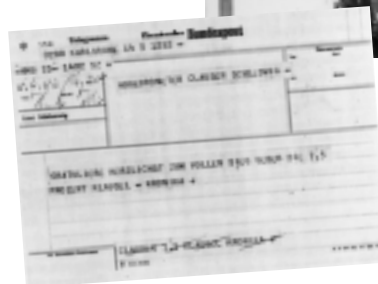
*Am 20./21. September wurden Schulen und andere Gebäude der Minderheit in Schleswig mit solchen Parolen geschändet.*

## Anspannung: Angriff auf die SSW-Mandate

Diese Spannungen spiegelten sich nach dem Regierungswechsel 1950 im Konfrontationskurs der CDU-geführten Landesregierung gegen die dänische Minderheit wider. Dieser zielte direkt auf die Mandate der vier SSW-Abgeordneten Jørgen Andersen, Berthold Bahnsen, Samuel Münchow und Hermann Olson ab. 1951 verabschiedete der Landtag ein neues Wahlgesetz, mit dem die Sperrklausel auf 7,5 % erhöht wurde, um den SSW auszuschließen. Diese Änderung wurde zwar anschließend vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig aufgehoben, aber die Minderheit sah sich weiterhin einer Politik

ausgesetzt, die klar auf die Reduzierung ihrer Größe ausgerichtet war.

*Die Regierung von Ministerpräsident Lübke hob die Sperrklausel verfassungswidrig auf 7,5 %, um den SSW aus dem Landesparlament fernzuhalten.*



## Entspannung: Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Bei der Landtagswahl 1954 scheiterte der SSW an der 5%-Hürde und verlor seine Mandate im Landtag. Trotzdem kam bald Bewegung ins deutsch-dänische Verhältnis. Die dänische Regierung drängte auf akzeptable Bedingungen für die dänische Minderheit. Die Bundesrepublik

bedurfte der Unterstützung Dänemarks bei der Aufnahme in die NATO und Bundeskanzler Adenauer zeigte sich kooperationsbereit. Dies ebnete den Weg für die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955.



*Der dänische Ministerpräsident H. C. Hansen und Bundeskanzler Adenauer am 29.03.1955 bei der Veröffentlichung der Bonner und der Kopenhagener Erklärung.*

In diesen gegenseitigen Erklärungen der beiden Regierungen wurde u. a. die Ausbildung an den dänischen Schulen von deutscher Seite anerkannt. Außerdem bestätigten sie das Gesinnungsprinzip: Fortan war das Bekenntnis zur dänischen Minderheit frei und durfte weder nachgeprüft werden noch zu Benachteiligungen führen. Außerdem wurde der SSW zu Landtags- und Bundestagswahlen von der 5%-Hürde befreit, musste allerdings weiterhin bei der Sitzverteilung nach D'Hondt genügend Stimmen für ein Mandat vorweisen können.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bildeten die Grundlage für die Befriedung des deutsch-dänischen Grenzlandes und die allmähliche Entspannung des deutsch-dänischen Verhältnisses.



*Von 1949-53 wurde der SSW von Hermann Clausen im Deutschen Bundestag vertreten.*

# Konkrete Minderheitenpolitik (1958-1971)

Bei der Landtagswahl 1958 wurden Samuel Münchow und Berthold Bahnsen wieder für den SSW in den Landtag gewählt. Das politische Klima hatte sich seit 1955 gewandelt und die beiden SSW-Abgeordneten erhielten den Status einer Fraktion, so dass sie an allen parlamentarischen Aktivitäten teilnehmen konnten.

Diese Rechte wurden weiter ausgeweitet, als der Friese Berthold Bahnsen nach der Wahl 1962 als einziger SSW-Vertreter im Landtag saß. Die „Ein-Mann-Fraktion“ des SSW bekam alle Rechte einer Fraktion und einen Sitz im Ältestenrat des Landtages.



*Samuel Münchow (im Bild) nach seiner Rückkehr in den Landtag 1958.*

## Minderheitenzuschüsse abgesichert

Der SSW-Abgeordnete Bahnsen sah seine Hauptaufgabe darin, die Voraussetzungen für einen dänischen und friesischen Alltag im Landesteil Schleswig zu schaffen. Er wollte hierfür die bestmöglichen finanziellen Bedingungen erreichen. Berthold Bahnsen engagierte sich vor allem für feste Landeszuschüsse an die dänischen Organisationen und Einrichtungen, die es bis dahin nicht gegeben hatte. Zu seinen Erfolgen gehörten institutionelle Zuschüsse für die dänische und friesische Kulturarbeit, die dänischen Kindertagesstätten, den dänischen Bauernverband und die dänische Heimvolks-



*Seit 1958 hatten die SSW-Abgeordneten Samuel Münchow und Berthold Bahnsen (hinten rechts) im Landtag die Rechte einer Fraktion.*

dem dänischen und friesischen Bevölkerungsteil zugute kommen würde. Südschleswig sollte durch eine konzentrierte finanzielle Unterstützung zu einem Brückenpfeiler zwischen Skandinavien und der Bundesrepublik werden – für Bahnsen ein Modell der europäischen Zusammenarbeit.



*Bahnsen erreichte konkrete Fortschritte bei der Förderung von dänischen und friesischen Einrichtungen im Landesteil Schleswig.*

hochschule. Außerdem engagierte er sich für die Umsetzung konkreter Projekte der Minderheiten, darunter der Einrichtung eines friesischen Kindergartens in Risum.



*Der Friese Berthold Bahnsen (rechts) war der erste "Einzelkämpfer" des SSW im Landtag.*

## Förderung des Landesteils

Über die Minderheitenzuschüsse hinaus warb Berthold Bahnsen vor allem für eine verstärkte wirtschaftliche Förderung des Landesteils Schleswig. Dem lag die Überzeugung zugrunde, dass jede Unterstützung für die Region auch

Mit seiner Arbeit erwarb Berthold Bahnsen sich auch den Respekt politischer Gegner und trug so zu einem entspannteren Verhältnis zwischen Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung in der Region bei. Statt politischer Konfrontation suchten der SSW und sein Landtagsabgeordneter den Konsens mit den anderen Parteien. Der SSW stellte sich als zuverlässige politische Kraft dar.



*Berthold Bahnsen (hier mit Landtagspräsident Rohloff, CDU) erwarb dank seiner sachlichen Arbeit den Respekt der anderen Parteien.*

# Minderheiten- und Regionalpolitik (1971-1995)



*Karl Otto Meyer richtete die Politik des SSW neu aus und konzentrierte sich stärker auf regionale Belange.*

Nach dem plötzlichen Tod Berthold Bahnsens übernahm 1971 der SSW-Landesvorsitzende Karl Otto Meyer das Mandat im Landtag. Der Lehrer und Journalist Meyer brachte auch eine neue Ausrichtung der SSW-Politik. Für ihn ergab sich aus dem vollgültigen Mandat des SSW die Verpflichtung, sich mit allen gesellschaftspolitischen Fragen auseinanderzusetzen. In der Folge stieg die Zahl der parlamentarischen Initiativen des SSW markant an.

Meyer kämpfte nicht nur beharrlich für die völlige Gleichstellung des dänischen und friesischen Bevölkerungsteils, sondern setzte sich auch für Projekte ein, die dem gesamten Landesteil Schleswig zugute kommen sollten. Darüber hinaus engagierte er sich stark in den brennenden politischen Fragen der 70er und 80er Jahre, wie den Protest gegen den Radikalenerlass, den



*Stärker als seine Vorgänger suchte K. O. Meyer einen engen Kontakt zu den Wählern...*

*...und zu politischen Gegnern im Parlament. K.O. Meyer (rechts) mit den Fraktionsvorsitzenden Ronneburger (FDP); Matthiesen (SPD) und Hoffmann (CDU).*



Kampf gegen die Atomkraft und den Widerstand gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Als 1992 wieder rechtsradikale Abgeordnete in den Landtag einzogen, war der ehemalige Widerstandskämpfer Meyer einer der engagiertesten Gegner der Rechts-extremen.

Im Landtag vertrat Karl Otto Meyer eine kompromisslosere Linie als sein Vorgänger. Gleichzeitig stand er aber auch für einen neuen politischen Stil des Dialogs mit politischen Gegnern.

## „Tauwetter“ unter Barschel

Hatte zwischen Meyer und dem CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg eine kühle Atmosphäre geherrscht, so verbesserte sich nach dem Amtsantritt Uwe Barschels das Verhältnis zwischen der Landesregierung und dem SSW deutlich. Der neue „MP“ kam Forderungen der Minderheiten entgegen und sorgte unter anderem dafür, dass die Schulen der dänischen Minderheit vom Land gleich behandelt wurden.



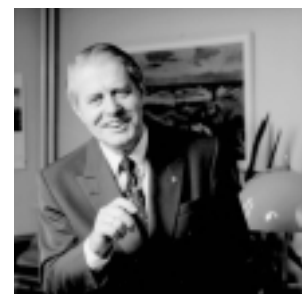
*Dr. Uwe Barschel und Björn Engholm: Durch die Unterstützung von Ministerpräsident Barschel erreichte K. O. Meyer erstmals die Gleichstellung der Schulkinder an dänischen Schulen. Bei der nachfolgenden Regierung Engholm drängte Meyer erfolgreich darauf, den strukturschwachen Landesteil Schleswig stärker zu fördern.*

## Regierungswechsel und Aufbruchstimmung

Nach dem Regierungswechsel 1988 im Kielwasser der „Barschel-Pfeiffer-Affäre“ gab es eine politische Aufbruchstimmung in Schleswig-Holstein. Der SSW konnte einen Teil seiner Forderungen in die politische Reformarbeit einbringen. Er beteiligte sich aktiv an der Enquete-Kommission für eine Landesverfassung und konnte dort unter anderem dazu beitragen, dass die besonderen Rechte der nationalen Minderheiten und die Möglichkeit von Volksentscheiden in der Verfassung verankert wurden. Außerdem erwirkte der SSW, dass 1988 beim Landtag ein „Gremium für Fragen der friesischen Bevölkerungsgruppe“ eingerichtet wurde.

## Anwalt des Landesteils Schleswig

Bis 1996 arbeitete der SSW-Vertreter als „Anwalt“ sowohl der Minderheiten als auch des Landesteils Schleswig im Landtag. Meyer setzte sich mit Erfolg dafür ein, dass ein besonderes Förderprogramm für den nördlichen Landesteil eingerichtet wurde. Außerdem konnte er durch beharrlichen Druck u. a. erreichen, dass die Hochschulen im nördlichen Landesteil ausgebaut und die Pädagogische Hochschule in Flensburg zur Universität aufgewertet wurde.



# Neue Stärke (1996-2007)



*Zu dritt nahmen die SSW-Abgeordneten Lars Harms, Anke Spoorendonk und Silke Hinrichsen erstmals Stellung zu allen Fragen der Landespolitik und konnten sogar eigene Gesetzesentwürfe durchsetzen.*

Zur Landtagswahl 1996 zogen mit Anke Spoorendonk und Peter Gerckens erstmals seit 1962 wieder zwei SSW-Politiker in den Landtag ein. Unter der Leitung der ersten SSW-Frontfrau erweiterte die SSW-Landtagsgruppe den Weg des kritischen Dialogs mit der Regierung und allen Fraktionen, wie er im skandinavischen Parlamentarismus üblich ist. Trotz ihrer Oppositionsrolle suchten die SSW-Abgeordneten Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Mehrheit.

## Deutsch-dänische Brückenfunktion

Wollte Berthold Bahnsen durch regionale Wirtschaftspolitik die Brückenfunktion Südschlewigs zwischen Deutschland und Skandinavien stärken, so weitete der SSW diesen Anspruch jetzt auf alle politischen Themenfelder aus. Regional setzte er auf eine starke deutsch-dänische Zusammenarbeit im Bereich Sønderjylland/Schleswig. Übergeordnet warben die SSW-Abgeordneten dafür, skandinavische Lösungen aus den verschiedensten Bereichen – u. a. der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik,

der Familienpolitik, der Umweltpolitik und der Bürgerinformation – auf die deutschen Verhältnisse zu „übersetzen“.

## Breitere Themenauswahl

Die SSW-Abgeordneten hielten am Anspruch fest, als „Anwalt des Landesteils“ den Kommunen, Hochschulen, Unternehmen, Einrichtungen und Verbänden in Südschleswig eine Stimme in Kiel zu verleihen. Gestärkt durch die verdoppelte Abgeordnetenzahl bezog der SSW aber erstmals zu allen Fragen der Landespolitik Stellung. In der Wahlperiode 2000-2005 konnten – aufgrund eines neuen Wahlrechts, das den SSW erstmals auch in Holstein wählbar macht – mit Anke Spoorendonk, Lars Harms und Silke Hinrichsen sogar drei SSW-Abgeordnete das landespolitische Themen-spektrum abdecken und bei der Mehrheit für ihre Vorschläge werben. Ergebnisse dieser Bemühungen waren u. a. das *Informationsfreiheitsgesetz* (2000) und das *Tariftrueugesetz* (2005).

## Neue Minderheitenthemen

In den 90er Jahren verabschiedete der Europarat das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ und die „Europäische



*Seit 2004 ist der Landtag auch in den Minderheitensprachen Friesisch und Dänisch beschildert.*

Charta der Regional- und Minderheitensprachen“. Dadurch rückten auch in Schleswig-Holstein Fragen der Minderheitenrechte und der Sprachenförderung stärker in den Vordergrund. So gelang es dem SSW 2004, bei der Mehrheit ein *Gesetz zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum* durchzusetzen, das die friesische Sprache zur offiziellen Sprache in Nordfriesland und auf Helgoland macht, sowie das Bekenntnis zur friesischen Volksgruppe freistellt. Bei der finanziellen Förderung der dänischen Minderheit gab es allerdings einen Rückschlag, als die rot-grüne Landesregierung 1997 die dänischen Schülerkostenzuschüsse von denen der öffentlichen Schulen abkoppelte. Erst nach der Landtagswahl 2005 gelang es dem SSW, die Mehrheit davon zu überzeugen, diese Kürzung mit dem Landeshaushalt 2007/2008 zurückzunehmen.

Diese Politik des kritischen und konstruktiven Dialogs wurde auch fortgesetzt, nachdem die SSW-Gruppe im Landtag bei der Landtagswahl 2005 wieder auf zwei Abgeordnete, Anke Spoorendonk und Lars Harms, reduziert wurde.



*Zum ersten mal seit 1962 zu zweit: Die SSW-Abgeordneten Anke Spoorendonk und Peter Gerckens.*



*Anke Spoorendonk wirbt seit 1996 für skandinavische Vorbilder als Lösung für drängende Probleme in der Bundesrepublik.*

# Der SSW und die Macht I



*Berthold Bahnsen mit Bundeskanzler Ludwig Erhardt und Ministerpräsident Helmut Lemke*

Nachdem das Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen im Grenzland sich in den 1960ern allmählich entspannte, wurde der SSW auch zunehmend als politische Kraft im Landtag wahrgenommen.

demokraten. Damit wäre der SSW-Abgeordnete Bahnsen zum Zünglein an der Waage geworden. Der SSW entschied sich jedoch dafür, einen Umschwung der FDP nicht zu unterstützen, weil man ihn als „Wählerbetrug“ betrachtete. Damit ebnete er einer CDU/FDP-Regierung den Weg.

## Potenzieller Regierungspartner

1962 bezeichnete der damalige CDU-Ministerpräsident von Hassel erstmals den SSW-Abgeordneten Bahnsen als „ministrabel“. Im Vorfeld der Landtagswahl 1967 gaben sowohl die CDU als auch die SPD zum Ausdruck, dass der SSW sehr wohl als Koalitionspartner geeignet sei.



*Berthold Bahnsen galt als erster SSW-Abgeordneter als „ministrabel“.*

## Garant für Stabilität

Sowohl in der Wahlperiode 1967-71 als auch 1992-96 regierten die CDU bzw. die SPD mit einer absoluten Mehrheit von nur einer Stimme. Die jeweilige Regierung pflegte enge Kontakte zum SSW, um für Zustimmung zu werben und ihre Mehrheit auch im Fall von Gegenstimmen aus den eigenen Reihen abzusichern. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse der 60er Jahre gelang es dem Minderheiten-



*Karl Otto Meyer mit Bundeskanzler Helmut Schmidt*

vertreter sogar in manchen Fällen, Einfluss auf die „großen“ Fragen der Landespolitik zu nehmen. So sicherte Bahnsen die Mehrheit für die umstrittene Kreisgebietsreform 1971, weil ein Abweichler der CDU der mit einer Stimme Mehrheit regierenden CDU in dieser Frage die Gefolgschaft verweigerte.

Aber nicht nur die Regierenden haben sich auf die Stimmen des SSW verlassen. Auch die Bevölkerung hat den SSW mehrmals bei Landtagswahlen in eine entscheidende Rolle gewählt.

## 1962: Regierungskrise

Nach der Landtagswahl 1962 bekam die CDU 34 Mandate, die SPD 29 und die FDP 5. Trotz einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU erwog die FDP ein Zusammengehen mit den Sozial-

## 1979: Wahlrechtsänderung

Nach der Landtagswahl 1979 beschloss die knappe absolute CDU-Mehrheit von Ministerpräsident Stoltenberg eine Wahlrechtsänderung: Zukünftig sollte der Schleswig-Holsteinische Landtag 74 statt bislang 73 Mandate haben. Damit wollte man verhindern, dass der SSW zum Zünglein an der Waage zwischen zwei gleich großen Blöcken werden konnte. Gerade damit ebnete man den Weg für das Patt von 1987...



*Ministerpräsident Stoltenberg ließ 1979 das Wahlrecht ändern, um den SSW-Abgeordneten Meyer von der Machtfrage auszuschließen.*

# Der SSW und die Macht II

## 1987: Das Patt

Bei der Landtagswahl im September 1987, die durch die "Barschel-Pfeiffer-Affäre" überschattet wurde, wurde der SSW erstmals wirklich zum Zünglein an der Waage. Die CDU einerseits und SPD, FDP und SSW andererseits hatten gleich viele Mandate – im Landtag bestand ein Patt.



*Karl Otto Meyer auf der Wahlfeier des SSW am 13.09.1987*

Angesichts des bislang größten politischen Skandals in der Geschichte der Bundesrepublik weigerte der SSW-Abgeordnete Meyer sich, eine CDU-geführte Landesregierung zu unterstützen. So ließ sich kein Nachfolger für Barschel wählen.

Die Folge waren massive Angriffe auf Karl Otto Meyer von Unions-Politikern aus der gesamten Bundesrepublik. Der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß verstieg sich zur Aussage, ein Däne dürfe nicht die Regierung eines deutschen Bundeslandes bestimmen.

Meyer widerstand lockenden Angeboten und massiven Drohungen und bahnte so den Weg für Neuwahlen im Mai 1988. Mit dieser geradlinigen und unbestechlichen Politik gewann „Karl Otto“ deutschlandweit große Sympathie.

## 2005: Zünglein an der Waage

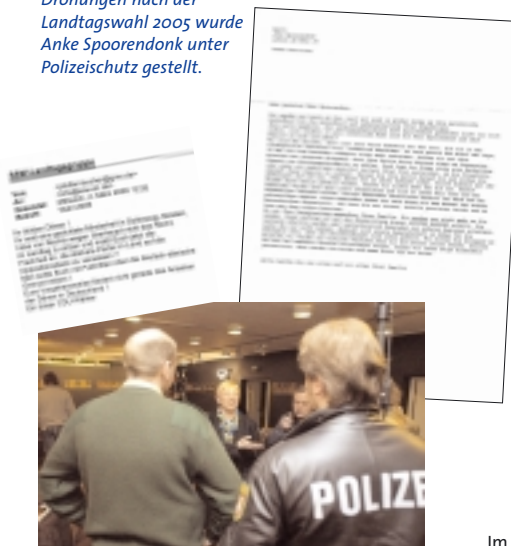
Knapp 17 Jahre später, nach der Landtagswahl 2005, kam dem SSW wieder die Rolle des



„Königsmachers“ im Landtag zu. Die bisherige SPD-Grüne-Regierung hatte ihre Mehrheit verloren, ohne dass es für eine CDU-FDP-Mehrheit reichte.

Die Reaktionen waren dieselben wie 1987:

*Wegen der massiven Drohungen nach der Landtagswahl 2005 wurde Anke Spoorendonk unter Polizeischutz gestellt.*



Abermals wurden die SSW-Abgeordneten zur Zielscheibe von massiven Anfeindungen und Drohungen. Wieder wurde die Frage gestellt „Warum dürfen diese zwei Dänen die deutsche Politik bestimmen?“ (BILD-Zeitung) Obwohl das



*In der Tolerierungsvereinbarung mit SPD und Grünen konnte der SSW eine Reihe seiner Forderungen durchsetzen.*

Bundesverfassungsgericht erst im Januar 2005 befunden hatte, dass die wahlrechtliche Sonderstellung des SSW rechtmäßig ist, wurde von führenden CDU-Politikern aus ganz Deutschland die Vollgültigkeit der SSW-Mandate in Frage gestellt.

Der SSW hatte bereits im Vorfeld der Wahl entschieden, dass man im Falle eines Falles bereit wäre, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, wie es u. a. in Dänemark üblich ist. Nach Verhandlungen mit der CDU und der SPD entschied der SSW sich dafür, im Parlament eine rot-grüne Minderheitsregierung zu stützen, ohne selbst in die Regierung einzutreten. In einer Tolerierungsvereinbarung mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen konnte der SSW neben minderheitenpolitischen Forderungen u. a. auch Zugeständnisse in der Regionalpolitik und bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchsetzen.

Die Wahl der SPD-Ministerpräsidentin im Landtag am 17. März 2005 scheiterte allerdings an einer anonymen Gegenstimme – vermutlich aus den Reihen der Sozialdemokraten. Der SSW kündigte danach seine Unterstützung für Rot-Grün auf.

## Künftig Regierungsbeteiligung

Im Jahr 2006 erklärte die Vorsitzende der SSW-Landtagsgruppe, dass der SSW zukünftig in einer ähnlichen Situation erwägen werde, in eine Regierungskoalition einzutreten, da Deutschland noch nicht für das Modell einer tolerierten Minderheitsregierung bereit sei.

# Ahnengalerie I



**Willi Johannsen**  
(1904-1976)

wurde in Leck geboren und war Rechtsanwalt in Flensburg. Johannsen wurde von der britischen Besatzungsmacht berufen und hatte das Mandat vom 11. April bis zum 11. November 1946. Er war der erste Vertreter der Minderheit im Kieler Landtag und hatte den Status eines fraktionslosen Abgeordneten.



**Hermann Olson**  
(1893-1958)

arbeitete bei der Flensburger Berufsfeuerwehr und war ein führender Vertreter der dänischgesinnten Arbeiterklasse in Flensburg. In der Weimarer Republik gehörte Olson der SPD an. 1945 beteiligte er sich am Wiederaufbau der SPD, verließ diese jedoch 1946 aus Protest gegen die Politik Kurt Schumachers, die ihm zu nationalbetont erschien. Er gründete daraufhin die dänisch orientierte Sozialdemokratische Partei Flensburgs (SPF) mit, in deren Ratsfraktion er saß. Olson gehörte 1946 dem ersten ernannten Landtag an. 1947 wurde er im Rahmen eines Bündnisses seiner SPF mit dem SSV mit einem Direktmandat in den Landtag gewählt, dem er bis 1954 als Mitglied der SSW-Fraktion angehörte.



**Hermann Clausen**  
(1885-1962)

war Bundesbahnobersekretär in Schleswig. Clausen war von 1920 bis 1929 Stadtverordneter der SPD in Schleswig und bis 1933 auch Stadtrat und Magistratsmitglied. Nach dem Krieg schloss sich Hermann Clausen der dänischen Bewegung an und war ab 1945 unter anderem Kommunal- und Kreistagspolitiker, Bürgermeister in Schleswig (1945-48), Landtagsabgeordneter (1946-50), Bundestagsabgeordneter (1949-53) und Landesvorsitzender des SSW (1950-56). Clausen machte sich vor allem für das kulturelle Selbstbestimmungsrecht der Menschen stark.



**Samuel Münchow**  
(1893-1976)

war Schmiedemeister in seiner Heimatstadt Flensburg. Schon in der Weimarer Zeit engagierte sich Münchow kommunalpolitisch für die dänische Minderheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Münchow Kommunalpolitiker in Flensburg. Bei den ersten Wahlen 1947 und 1950 gewann er ein Direktmandat in Flensburg. Von 1946 bis 1954 und von 1958 bis 1962 war Münchow Abgeordneter und Vorsitzender der SSW-Fraktion im Landtag. Münchow beteiligte sich an der Gründung des SSW und war ein kompromissloser Verfechter für eine rein dänische Minderheitenpolitik und hatte eine solide Basis in der Flensburger Arbeiterschaft.



**Victor Graf Reventlow-Criminil**  
(1916-)

wurde in Charlottenburg bei Berlin geboren und wuchs in Nordfriesland auf. Reventlow-Criminil war Bürgermeister in Glücksburg (1945-1948) und wurde 1946 als parteiunabhängiger Vertreter für den Landtag ernannt. Er war in den ersten Monaten Hospitant bei der CDU und vertrat anschließend von August 1946 bis 1950 die dänische Minderheit. 1953 emigrierte Reventlow-Criminil nach Kanada.



**Berthold Bahnsen**  
(1913-1971)

wurde in Lonham/Lindholm geboren und gehörte der friesischen Bevölkerungsgruppe an. Bahnsen war seit 1946 Leiter der Kreissparkasse in Leek/Leck und vertrat dort den SSW im Gemeinderat. Als Landtagsabgeordneter von 1947 bis 1954 und von 1958 bis zu seinem Tod 1971 wollte er vor allem die Voraussetzungen für einen dänischen und friesischen Alltag im nördlichen Landesteil schaffen. Bahnsen erwirkte erstmals eine solide Bezuschussung der Minderheiten. Darüber hinaus befasste er sich vor allem mit Fragen, die die Finanzen und die Wirtschaft des Landesteils Schleswig betrafen. Mit seiner ausgewogenen Linie trug Berthold Bahnsen zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Minderheiten und Mehrheit bei.



**Johannes Oldsen**  
(1894-1958)

kam aus Lonham/Lindholm und war als führender Kopf der nationalen Friesen schon in der Weimarer Republik kommunalpolitisch aktiv. 1933 widersetzte er sich als einziger Abgeordneter im Kreistag der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten. Nach dem Krieg war Oldsen für kurze Zeit Landrat im Kreis Südtondern. Von 1946 bis 1947 war er Mitglied der dänisch-friesischen Landtagsfraktion und gehörte 1948 zu den Gründervätern des SSW.



**Christian Mahler**  
(1900-1975)

wurde in Lindewitt geboren. Der Landwirt übernahm 1926 einen Hof in Haurup südwestlich von Flensburg. Nach 1945 war er Bürgermeister in Haurup und Amtsvorsteher. Von 1947 bis 1950 vertrat Mahler die dänische Minderheit im Landtag.